

Entschließungsantrag

der Abgeordneten KO Kickl, Mag. Amesbauer
und weiterer Abgeordneter
betreffend endlich illegale Migration abstellen

eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1, Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes des neuen Bundeskanzlers, des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für Finanzen, des Bundesministers für Inneres und der Staatssekretärin für Jugend in der 133. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 09. Dezember 2021

Österreich gehört zurzeit wieder zu den von Migration am meisten betroffenen EU-Staaten. An der EU-Spitze liegen die beiden kleinen Inselstaaten Zypern und Malta, die aber schwer mit Resteuropa vergleichbar sind. Gleich dahinter folgen Schweden (25,7 je 1000 Einwohner), Österreich (18,2) und Deutschland (17,5). Im Jahr 2021 wurden von Jänner bis Oktober in Österreich laut Bundesministerium für Inneres über 28.000 Asylanträge gestellt. Das sind um 148 Prozent mehr als im Vorjahr. Wobei die Asylantragszahlen schon seit der Übernahme des Bundesministeriums für Inneres durch Nehammer im Jahre 2020 rapide angestiegen sind. Dies ist das Resultat der völlig fehlgeleiteten türkis-grünen Asylpolitik von EX- Innenminister Nehammer.

Anstatt von den EU-Mitgliedstaaten Polen, Litauen und Lettland zu lernen, wie die Staatsgrenzen zu schützen wären und Taten sprechen zu lassen, werden nur streng anmutende Worthülsen produziert. Polens Einsatzbereitschaft offenbart, dass physische Grenzbarrieren als notwendige Maßnahme nicht nur eine abschreckende Wirkung in Bezug auf illegale Migration haben, sondern vielmehr auch tatsächlich Migrationsströme zum Halten bringen können. Wohingegen ein Durchwinken der illegalen Migranten nachweislich eine weitere Sogwirkung entfaltet

Die ÖVP präsentiert sich gegenüber der Bevölkerung in der Asyl- und Fremdenpolitik gerne im „blauen Gewand“, indem sie FPÖ-Vorschläge verbal übernimmt, aber nicht zur Umsetzung bringt. So kündigte ÖVP-Innenminister Nehammer vergangenes Jahr einen De-facto-Asylstopp an. Tatsächlich stiegen die Asylantragszahlen erstmals seit der Migrationswelle 2015 wieder deutlich an und für heuer zeichnet sich erneut ein massiver Anstieg ab. Aber anstatt einen vernünftigen Grenzschutz umzusetzen, empfangen die vom Innenminister an die Grenze geschickten Polizisten die Migranten und teilen sie ihren Unterkünften zu.

Es geht nicht darum, illegale Migration besser zu verwalten, sondern zu verhindern!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, durch eine effektive Grenzsicherung die illegalen Grenzübertritte von Wirtschaftsmigranten abzustellen, zumal sein Amtsvorgänger Nehammer sich auf Ankündigungspolitik und die Verwaltung der illegalen Zuwanderung beschränkt hatte.“



SCHAEDLER



BELAKOWSKI



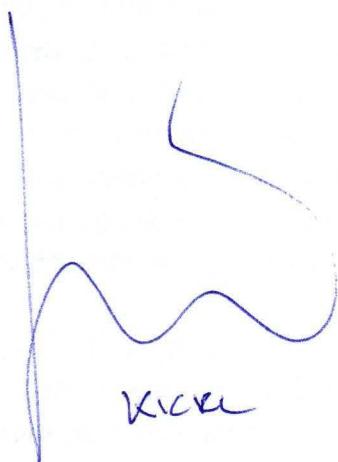
FÜRST



ANESBAUER



HAFENGRAEZER



KICKL

